

**Antragsteller:** SPD-Ortsverein Oftersheim

**Empfänger:** Kreisparteitag, KDK SPD Rhein-Neckar

Beschlussfassung und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

1 **Antrag:**

2 Alle Bürgerinnen und jeder Bürger, die in Deutschland Einkünfte beziehen, sollen unabhängig  
3 von der Einkommensart bis zur Beitragsbemessungsgrenze Beiträge in die gesetzliche  
4 Rentenversicherung einzahlen. Die Höhe der zu zahlenden Rente soll nach dem gültigen  
5 Berechnungsmodus festgelegt werden.

6  
7 **Begründung:**

8 Laut des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger reicht das Geld trotz „Riester-  
9 Rente“ und Ökosteuern nicht für weitere versprochene Beitragssenkungen aus.

10  
11 Das Wahlversprechen der SPD, die Lohnnebenkosten weiter zu senken, muss eingehalten  
12 werden. Durch die bisherigen gesetzlichen Regelungen (die 630 DM-Jobs sind jetzt  
13 beitragspflichtig) wurde die Abhängigkeit der Rentenzahlungen von der Zahl der Arbeitslosen  
14 verringert. Dies reicht jedoch noch nicht aus. Es müssen weitere Maßnahmen ergriffen  
15 werden, um mehr Beiträge in die Rentenkasse zu bringen.

- 16 • Die Politik diskutiert über eine beitragsbezogene Alterssicherung der Beamten. Diese  
17 muss über eine Anpassung der Besoldung eingeführt werden.
- 18 • Der Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Rische, fordert für alle  
19 Selbständigen die gesetzliche Rentenversicherungspflicht. Die ist notwendig und muss  
20 realisiert werden.

21  
22 Würden diese Vorschläge umgesetzt, wäre die Kritik der Präsidenten von BDI, BDA und  
23 DIHK widerlegt dass Rot-Grün vor tiefer greifenden Reformen der Sozialversicherungen  
24 zurückschrecken.

25  
26 Führende Politiker in Baden-Württemberg, wie Ute Vogt und Sigmar Mosdorf, haben sich  
27 öffentlich dafür ausgesprochen, dass jeder in die Rentenkasse einzahlen sollte (Teil des  
28 Schweizer Modells). Auch die Gewerkschaften wären für diesen Vorschlag zu gewinnen.

29  
30 Wir sind der Überzeugung, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen auf breite Zustimmung  
31 innerhalb der Bevölkerung stoßen würden, da sie die gesetzliche Rentenversicherung  
32 dauerhaft auf hohem Niveau stabilisieren würden.

33  
34 Eine Beitragspflicht für alle wäre ein Zeichen der Solidarität der ganzen Bevölkerung.

**Beschlossen am 16.2.2002 in Mauer**

**SPD-Kreisverband Rhein-Neckar**

Vorsitzender: Lars Castellucci

SPD-Regionalgeschäftsstelle Heidelberg/ Rhein-Neckar

Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg, kv.rhein-neckar@spd.de